

MdB Lothar Mark schreibt Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble

Auswirkungen der Bundespolizeireform für die Metropolregion Rhein Neckar



Sehr geehrter Bundesminister,

vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um eine Reform der Bundespolizei stehe ich als Mannheimer Abgeordneter in engem Kontakt mit Gewerkschaftsvertretern vor Ort. Diese haben mir erst kürzlich ihre Sorgen im Zusammenhang mit den geplanten Änderungen vorgetragen. Statt fünf Präsidien, 21 Ämtern und 108 Inspektionen soll es künftig nur noch ein Präsidium und darunter Direktionen und Inspektionen. Das BMI will laut Ihren Aussagen die Bundespolizei zur „schlanksten Verwaltung im Bundesgebiet“ machen. Es ist vorgesehen, die Bundespolizei Mannheim künftig Karlsruhe zuzuordnen.

Für Mannheim hätte dies folgende Konsequenzen:

- Die bisherige Zuständigkeit der BPOLI Mannheim wird begrenzt auf das Land Baden- Württemberg und verringert sich um die Anteile in den Ländern Hessen und Rheinland- Pfalz. War die BPOLI Mannheim also vor der Reform für die gesamte Metropolregion Rhein Neckar zuständig, so wird dies zukünftig nicht mehr der Fall sein.
- Die BPOLI Mannheim wird abgewertet zum Bundespolizeirevier.
- Das Personal wird um den anteiligen Verlust an Zuständigkeitsgebiet und Belastung reduziert. Die Gebietsverluste betragen ca. 30 %, ebenso das Arbeitsaufkommen, demnach kann mit einer Reduzierung des Personals von ca. 30% von derzeit 110 Beschäftigten ausgegangen werden.

Zu erwartende Nachteile für die Metropolregion:

- Bei allen bundesländerübergreifenden Einsätzen, Ermittlungen, Hilfeleistungen, Veranstaltungen, koordinierten Projekten usw. muss zukünftig in der Metropolregion nicht nur zwischen drei Landespolizeien, sondern auch mit drei Bundespolizeiorganisationen Einklang gefunden werden.
- Hierdurch ist ein weitaus erhöhter Koordinierungs- und Abstimmungsaufwand klar erkennbar.
- Die bisherige länderübergreifende Rolle der Bundespolizei in Mannheim, die sich eben nicht an politischen Grenzen hielt, sondern nach kriminalgeografischen und soziologischen Aspekten eines Wirtschaftsraumes und einer über Ländergrenzen hinweg gewachsenen Bevölkerungsstruktur ausgerichtet hat, wird erheblich geschwächt und die jahrelange hervorragende Zusammenarbeit in dem durch die Sicherheitspartnerschaft Rhein Neckar geschaffenen Projekt der 4 Polizeien (Polizeien RP, BW, HE und BPOL) konterkariert.
- Eine entscheidungsbefugte Führung war bislang in der gesamten Metropolregion nicht vorgesehen. Auch wenn es heißt, dass sog. Revierleiter eingesetzt werden sollen, sind diese sehr weisungsgebunden an Entscheidungen der führenden BPOLI. Hierdurch ist zu befürchten, dass bei Konkurrenzentscheidungen diese nicht zu Gunsten, sondern zu Lasten der Metropolregion ausfallen, da der Sitz der zukünftigen BPOLI ausschlaggebend sein wird.
- Ermittlungen werden von Ermittlungsdiensten durchgeführt, wobei noch offen ist, in welcher Stärke und Ausstattung diese vor Ort sein werden. Die ggf. notwendigen Sofortentscheidungen z.B. über Fahndungsmaßnahmen oder die Ermittlungskoordination mit anderen Polizeien können erheblich erschwert sein. Der Verweis auf moderne Kommunikationsmittel verschweigt, was wirklich notwendig ist: Die jahrelange Erfahrungen der Beamten vor Ort, die alle Aspekte berücksichtigen können und auch im täglichen Dienst ein Gefühl für Stimmungen und Bedürfnisse der Region haben, Beamte, die Ansprechpartner kennen und Kontakte aufbauen, um Ermittlungsverfahren zu beschleunigen und zielgerichtet zu führen. Mit der jetzt geplanten Reform droht der viel beschworene „Dienst am Bürger“ zu einer Worthölse zu verkommen.

Für Abgeordnete der Region ist unverständlich, warum

- in der 2.größten Stadt Baden Württembergs,
- mit der 2.höchsten Kriminalitätsbelastung,
- dem 2.größten Rangierbahnhof der Bundesrepublik,
- dem größten Nahverkehrspolitischen Projekt Europas – S Bahn Rhein Neckar,
- mit zunehmender Bedeutung als Veranstaltungsort für Sport und Kultur etc.,
- einem von der DB AG in die höchste Sicherheitsstufe 1 eingestuften Hauptbahnhof Mannheim (gleichzusetzen mit Städten wie Berlin, München Hamburg)



die Bundespolizei hier ihren länderübergreifenden Standortvorteil als Polizei für die gesamte Metropolregion zerschlägt und Führungsentscheidungen sowie Ermittlungsarbeit weit entfernt ansiedelt. Die Metropolregion läuft so Gefahr, durch weitere enorme und nicht notwendige Bürokratiehemmnisse und Personalabbau an Entwicklungsgeschwindigkeit und Qualität zu verlieren. Viel förderlicher wäre – auch aus Sicht der polizeilichen Praxis vor Ort - die Umgliederung der Bundespolizei, der BPOLI Mannheim, in der Metropolregion zu einer schlagkräftigen Polizei durch positive infrastrukturelle und personalwirtschaftliche Maßnahmen.

Erlauben Sie mir, hier einige positive Beispiele der bisherigen Praxis zu nennen:

Ermittlungen wegen GraffitiStraftaten werden mittlerweile durch 3 Sonderermittlungsgruppen bei der PD Heidelberg, dem PP Mannheim und bei der BPOLI Mannheim eng verzahnt geführt. Hierbei werden regelmäßig Informationen auch mit einer in Darmstadt ansässigen Ermittlungsgruppe Graffiti und dem PP Rheinpfalz in Ludwigshafen ausgetauscht. Die immer wieder auftretenden Täter stammen aus Heidelberg, Mannheim, dem südhessischen Raum und der Vorderpfalz. Täterermittlungen werden hier unkompliziert geführt, u. a. auch deshalb, weil die BPOLI Mannheim im gesamten Raum zuständig ist und für einen guten Austausch sorgen kann.

Bei Eigentumsdelikten - wie z. B. Taschendiebstahlsdelikten durch Banden begangen oder Aufbruchsserien auf Autotransportwagen oder Buntmetalldiebstähle - ist eine gleiche Arbeitsweise und Verzahnung wie bei der Bearbeitung von Graffitidelikten etabliert. Die exponierte Lage Mannheims als Verkehrsknotenpunkt im Süd-Westen zieht auch einen erhöhten Personen- und Güterverkehr nach sich. Ermittlungen und Einsätze werden hier schnell Ländergrenzen überschreitend geführt. Die Stadt Mannheim als Oberzentrum ist Mittelpunkt und Tor für eine Vielzahl von Pendlern und Geschäftsreisenden sowie Waren aus dem gesamten Raum. Hierdurch wird klar, dass bei der künftigen Arbeitsweise die Verwaltung in der Metropolregion nicht „verschlankt“, sondern erheblich aufgebläht und die Polizeiarbeit erschwert wird, denn es müssen noch mehr Dienststellen beteiligt werden.

Im Bereich Einsatzabwicklung war die BPOLI Mannheim in mehreren Einsätzen für Demonstrationen in Mannheim und Heppenheim oder Mannheim und Ludwigshafen sowie Worms, wo offensive Aufklärung und Begleitung durch nur eine Bundespolizei im Raum organisiert wurde und somit ein störungsfreier An- und Abreiseverkehr für Teilnehmer und Dritte gewährleistet werden konnte.

Erfreulich ist, dass inzwischen offenbar wieder Abstand davon genommen wurde, das Polizeirevier Mannheim der Bundespolizeiinspektion Stuttgart anzugliedern. Aber auch die mittlerweile diskutierte „Ermittlungskomponente in Mannheim“ ist wenig zielführend, da sie immer die Belange der vorgesetzten BPOLI berücksichtigen muss und nur eingeschränkt eigen Entscheidungen treffen kann. Dienstposten stehen hier in der Verfügungsgewalt vsl. des Inspektionsleiters und können – so ist zu befürchten - nach dessen Gusto wohl zugewiesen oder abgezogen werden. Größere Reviere bekommen eine Führung mit Administration. Über die Ermittlungskomponente entscheiden die Aufbaustäbe.

Sehr geehrter Herr Minister, vor dem Hintergrund der obigen Ausführungen sollte deutlich geworden sein, dass die bisherigen Planungen an den Bedürfnissen und Anforderungen der polizeilichen Praxis in der Metropolregion Rhein – Neckar vorbeigehen, da sie eine erfolgreiche Polizeiarbeit zu Gunsten der dort lebenden Bürger und der Wirtschaft zunichte machte.

Bei der schwierigen Situation Mannheims sind eine Führung und starke Ermittlungseinheit vor Ort unbedingt notwendig. An den Zuständigkeitsgrenzen muss auch aus polizeilichtaktischer Sicht etwas geändert werden. Völlig widersinnig ist die Begrenzung der Zuständigkeit des künftigen BPOLREV Mannheim auf das Land BW.

Aus Sicht der Metropolregion wäre eine starke Bundespolizeiinspektion in Mannheim viel Ziel führender sein und den Bedürfnisse und Anforderungen der Region eher gerecht werden. Ich appelliere deshalb mit Nachdruck an Sie, den Standort Mannheim zu sichern. Eine starke Bundespolizei in der Rhein-Neckar-Metropole war nach allen Erfahrungen der beste Garant für eine erfolgreiche Sicherheitspartnerschaft in der Region

Mit Dank für Ihr Verständnis und freundlichem Gruß

Lothar Mark

